

Urteilsbegründung für das Berufsverbot von Dr. Stratz

In Namen des Deutschen Volkes !

U r t e i l .

In dem ehrengerichtlichen Verfahren gegen den Schriftleiter Dr. Hermann Stratz in Säckingen hat das Berufsgericht der Presse (Bezirksgericht Karlsruhe) in der Sitzung vom 5. April 1935, an der teilgenommen haben:
für Recht erkannt:

Schriftleiter Dr. Hermann Stratz in Säckingen wird wegen Berufsvergehens im Sinne des § 15 in Verbindung mit § 31 des Schriftleitergesetzes zur Strafe der Löschung in der Berufsliste und zu den Kosten verurteilt.

Gleichzeitig wird ihm gemäß § 31 Abs. 3 des Schriftleitergesetzes die Berufsausübung vorläufig untersagt.

wurden damit begründet, daß Dr. Stratz nur deshalb in der Berufsliste der Schriftleiter eingetragen worden sei, weil sein früheres politisches Verhalten dem Leiter des Landesverbandes nicht bekannt gewesen sei. Dr. Stratz habe am 2. Mai 1933 in Schutzhaft genommen werden müssen, weil er sich noch im Frühjahr 1933 im Gespräch mit Amtswaltern der NSDAP. zu einem noch am 24. Februar 1933 in dem "Hochrheinischen Volksblatt" erschienenen Artikel: "Gegen die braune Schmach" bekannt habe. Am 1. Juni 1934 habe Dr. Stratz erneut unter Androhung von Schutzhaft vom Bezirksamt Säckingen wegen Nichterwidern des deutschen Grußes und Nichtgrüßens der Reichsfahnen verwarnt werden müssen. Ebenso habe er in der Folgezeit wiederholt wegen tendenziöser Artikel gegen Regierungsmaßnahmen verwarnt werden müssen. Am 1. März 1935 habe das "Hochrheinische

Volksblatt" in Säckingen beschlagnahmt werden müssen, weil in ihm auf der ersten Seite ein Aufruf zum Besuch des Fridolinsfestes erschienen sei, der den Satz enthalten habe: "An diesem hl. Brauchtum wollen wir festhalten, unbekümmert um alle Versuche, uns in ein altgermanisches Heidentum zurückzuwerfen." Nach dem Bericht des Bad. Bezirksamts Säckingen habe dieser Aufruf in weiten Kreisen der nationalsozialistischen Bevölkerung große Empörung hervorgerufen, weil bei der bisherigen Haltung des Schriftleiters Dr. Stratz kein Zweifel daran möglich gewesen sei, daß mit dem Heidentum der Nationalsozialismus gemeint war. Bezüglich dieses Aufrufs habe sich Dr. Stratz darauf berufen, den fraglichen Aufruf gar nicht gelesen zu haben, was an sich schon einen groben Verstoß gegen seine Berufspflichten als Schriftleiter darstelle. In der Folgezeit seien wiederholt im März 1935 Artikel mit Angriffen gegen den nationalsozialistischen Staat im "Hochrheinischen Volksblatt" erschienen, so am 18. März 1935, am 20. März 1935 und am 22. März 1935. Durch sein gesamtes Verhalten habe Dr. Stratz in grösster Weise gegen seine durch § 14 SchrLGes. festgelegten Berufspflichten als Schriftleiter verstoßen und es insbesondere unternommen, die Kraft des Deutschen Reiches im Innern und den Gemeinschaftswillen des deutschen Volkes durch Hervorkehrung angeblicher religiöser Gegensätze zu schwächen. Durch sein gesamtes Verhalten habe Dr. Stratz bewiesen, daß er die in § 5 Ziff. 7 SchrLG. zur geistigen Einwirkung auf die Öffentlichkeit erforderlichen Eigenschaften nicht besitze, weshalb seine Streichung aus der Berufsliste der Schriftleiter notwendig sei. | In der mündlichen Verhand-

April 1935

© Stadtarchiv Bad Säckingen

- Aufgaben:
1. Wie begründete das Berufsgericht der Presse das Urteil?
 2. Welche Grundrechte wurden bei Hermann Stratz verletzt?